

Ausgabe 1-2010

Kurz & Knapp

Aus der Ueckermünder Stadtvertretung



Händlern entgegenkommen - Wochenmarkt attraktiver gestalten

Bereits im frühen Mittelalter wurde die Ueckermünder Altstadt durch reges Markttreiben belebt. Neben dem Rathaus waren auf urigen Holzstämmen Marktständen aufgebaut, in denen Handwerker und Bauern ihre Waren feilboten. Die Zeiten haben sich allerdings geändert. Die Waren der Handwerker und Bauern sucht man heute vergeblich.

Dazu erscheint vielen Ueckermündern der Wochenmarkt oftmals farblos, öde und langweilig. Zu diesem Thema beantragte die NPD-Fraktion eine Satzungsänderung, die Anreize schaffen sollte, den

Wochenmarkt attraktiver und lebendiger zu gestalten. Markthändler, die drei Wochenmarktstage hintereinander den Wochenmarkt besuchen, werden am darauffolgenden vierten Wochenmarkttag von der Standgebühr befreit, so die Forderung der Nationalen.

„Gerade außerhalb der Hauptsaison müssen die Händler entlastet werden, auch wenn es ‚nur‘ um die Befreiung der Standgebühr geht“, so der Abgeordnete Marcus Neumann (NPD).

Einige Stadtvertreter begrüßten das Anliegen und beantragten eine Überweisung in den Ordnungs-

ausschuß. Neben den drei NPD-Stimmen votierten aber nur fünf weitere Abgeordnete für eine Auseinandersetzung im Ausschuß. Die Mehrheit konnte bei dieser Abstimmung demnach nicht erreicht werden, so daß letztendlich alles beim Alten bleibt und sich weder Ausschuß noch Verwaltung mit dem NPD-Vorschlag auseinandersetzen wird.

Der 6. Bürgersprechtage findet am Donnerstag, dem 20. Mai, im NPD-Büro in der Wallstraße statt.

Kontakt: 039771/ 544358 oder
fraktion-uem@npd-mv.de



Schutz der regionalen Wirtschaft aufgehoben

EU= Europas Unglück

In Brüssel ist die EU-Dienstleistungsrichtlinie in Kraft getreten. Auch unsere Stadt wurde nun aufgefordert, Beschränkungen in ihren Satzungen, die dieser Richtlinie im Wege stehen, entsprechend „anzupassen“. Ziel soll es sein, die Ausübung grenzüberschreitender Dienstleistungen zu erleichtern. Im Klartext: Der Schutz der regionalen Wirtschaft wird

aufgegeben. Denn mit Umsetzung der Richtlinie gilt das Herkunftslandprinzip. Ausländische Dienstleister müssen sich nicht an deutsche Lohnbestimmungen, Arbeitszeitenregelungen und Arbeitsschutzbestimmungen halten. Das Arbeitsrecht wird somit ausgehebelt. Es entsteht eine ungleiche Konkurrenz gegenüber unseren heimischen Betrieben.

Wir lassen unsere Kinder nicht im Regen stehen!

Der Abriß des Busbahnhofs steht bevor. Nur wenige Meter weiter soll ein neuer entstehen, zusätzlich ist ein Parkplatz geplant. Laut Kostenschätzung ein weiteres Millionenprojekt. Alle bisherigen Beschlüsse zu diesem Vorhaben wurden von der NPD-Fraktion abgelehnt, weil hier eine neuerliche Steuergeldverschwendung offensichtlich ist.

Der NPD-Abgeordnete André Gehrt wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sich unter anderem beim Gymnasium unüberdachte Bushaltestellen be-



finden. Er schlug vor, wenn man schon einen intakten Busbahnhof dem Erdboden gleichmacht, solle man wenigstens die alten Wartehäuschen sinnvoll nutzen, um damit Haltestellen zu überdachen.

Der NPD-Fraktionsvorsitzende Marko Müller klärte während der Stadtratssitzung über die weitreichenden Folgen auf: *„Es ist eine Schande, daß mittlerweile mehr als 80 Prozent der deutschen Gesetzgebung vom fernen Brüssel vordiktiert werden. Und auch beim heutigen Beschluß handelt es sich um ein „Meisterstück der kommunalen Selbstverwaltung“. Wenn Stadtpräsident Beduhn noch vor der Beschlußfassung darauf hinweist, daß der Beschluß auch ohne Zustimmung der Stadtvertretung über den Klageweg durchgesetzt werden würde, frage ich mich, warum wir überhaupt noch hier sitzen.“*

Wir fordern dennoch alle Stadtvertreter dazu auf, ein Zeichen für unsere heimische Wirtschaft zu setzen und die Zwangsverordnung mit uns gemeinsam abzulehnen. Auch wenn die Auswirkungen der Beschlüsse zur Änderung der Markt- und Friedhofssatzung heute noch nicht jedem Stadtvertreter klar sind, ist festzuhalten, daß ausländischen Unternehmen damit Tür und Tor zum deutschen Markt geöffnet werden. Die weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen auf deutscher Seite wird zwangsläufig die Folge sein.“

Fragerecht auf Stadtvertretersitzungen neu regeln

Bürgernähe stärken

Jede Gemeinde hat das Recht Satzungen zu erlassen. In diesen werden Rechte und Pflichten von Einwohnern festgeschrieben. Die Kommunalverfassung von Mecklenburg-Vorpommern gibt den rechtlichen Rahmen dafür vor. Allerdings steht den Gemeinden frei, weitergehende Beschränkungen vorzunehmen.

In unserer Hauptsatzung wird von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Das Fragerecht für Bürger wird darin ohne erkennbare Gründe massiv eingeschränkt. So dürfen Einwohner auf Stadtvertreter- und Ausschusssitzungen keine Fragen stellen, die sich auf aktuelle Tagesordnungspunkte beziehen. Da jedoch viele Ueckermünder erst aus dem Stadtreporter erfahren, daß sich die Stadtvertretung mit einem bestimmten Thema beschäftigt, hat niemand die Möglichkeit an einer Entscheidungsfindung mitzuwirken. Weiterhin schreibt die Hauptsatzung vor, daß wenn Fragen gestellt werden, pro Fragesteller nur zwei zulässig sind. Die Fragestunde ist auf eine halbe Stunde begrenzt.



Der Fraktionsvorsitzende Marko Müller dazu: *„Diese bürgerfeindlichen Einengungen des Fragerechtes machen eine Beteiligung der Ueckermünder an weitreichenden Beschlußfassungen nahezu unmöglich. Wir beantragen die Hauptsatzung zu ändern, um das Fragerecht endlich so zu gestalten, wie es die Kommunalverfassung zuläßt. Wir fordern die Zulassung aller Fragen, egal ob zur Tagesordnung oder nicht. Die Beschränkung auf zwei Fragen muß gestrichen werden und zusätzlich sollte eine Verlängerung der Fragestunde möglich sein. Außerdem ist dafür Sorge zu tragen, daß Einwohner, die bei bestimmten Themen mehr Sachverstand aufweisen als alle Stadtvertreter zusammen, auch außerhalb der Fragestunde angehört werden können“.*

Obwohl niemand der übrigen Stadtvertreter erklären konnte, warum die unnötigen Einschränkungen länger hingenommen werden sollen und der NPD-Antrag auch im Zuschauerbereich zustimmendes Nicken erfuhr, wurde er vom angeblich „demokratischen Block“ geschlossen abgelehnt.

Stadtreporter verschweigt Antragsteller

Bei der Veröffentlichung der Tagesordnungen von Stadtratssitzungen war es bislang immer üblich, den Verfasser von Sachanträgen, in den meisten Fällen die NPD-Fraktion, namentlich zu erwähnen. Bei letzterer Veröffentlichung für die März-Sitzung verzichtete man kurzerhand darauf, die NPD-Anträge dementsprechend kenntlich zu machen. Schließlich könnten die Ueckermünder ja auf die „absurde Idee“ kommen, daß die drei übrigen Fraktionen (LINKE/CDU/SPD) beim Einbringen von Sachanträgen eher untätig seien.

Überflüssig, aber teuer...

Vielleicht können Sie sich noch an die Granitpoller erinnern, die einst die Altstadt „zieren“. Vor Umgestaltung der Altstadt dienten diese als Parktaschenbegrenzung. Da die „steingewordenen Geniestreiche“ im Rückspiegel kaum zu sehen waren und somit zum Ärgernis vieler Autofahrer wurden, entschloß man sich, Abhilfe zu schaffen. Die Granitsteine wurden damals wieder aus dem Stadtbild entfernt. (Kosten: mehrere tausend Euro)



Mit Tafeln wie auf dem Bild wird künftig die Wahl-sichtwerbung in Ueckermünde geregelt. So faßte die Stadtvertretung mit drei Gegenstimmen der NPD den Beschluß, die Wahlsichtwerbung fortan nur noch an fünf dafür vorgesehenen Plätzen zu gestatten. Nach Auffassung der NPD handelt es sich um eine rechtswidrige Einschränkung des Wahlkampfes, da jeder Partei

nur noch zehn Plakate (!) im Stadtgebiet zur Verfügung stehen. Stadtvertreter Neumann (NPD) erklärte dazu: *„Der Beschlußvorschlag aus den Reihen der LINKEN macht deutlich, wie armseelig diese Partei ihre Ziele verfolgt. Schon im vergangenen Wahlkampf 2009 galt die Beschränkung auf 22 Doppelpakete pro Partei. Diese Regelung war gut und überschaubar. Mit dem Antrag der SED-Nachfolger versucht man, den Vorteil an Aktionismus einer jungen, dynamischen Partei - wie der NPD - im Wahlkampf einzuschränken. Die fehlende Motivation bei den Altparteien, eigene Wahlplakate zu hängen und zu betreuen, führte letztendlich zu dem einstimmigen Beschluß der Blockparteien.“*

Eine Tafel kostet ca. 1000,- Euro und dürfte eigentlich nicht in den Sparplan des Kämmerers passen.

Aber was verbindet diese beiden Anschaffungen nun? Sollte der Rechtsstreit positiv für die NPD ausgehen, werden die Tafeln womöglich neben den Granitpollern auf dem Schuttplatz des Bauhofes landen.

Vom Eise befreit sind Strom und Bäche...



Kaum ein Frühlingsgedicht übertrifft jenes Gefühl, welches Goethe in seinem Meisterwerk Faust zum Ausdruck bringt. Heute, über 200 Jahre nach Goethes „Osterspaziergang“, kann so ein Gang durch die Stadt, einen schon mal richtig auf die Palme bringen. Die Schneemassen sind dahin geschmolzen. Was bleibt ist Dreck. Genauer: Hundekot. Die Hinterlassenschaft der Vierbeiner ist und bleibt auf unseren Wegen und Plätzen ein großes Problem. Eine gute Idee in Form eines Anhängers, der am Halsband oder am Schlüsselbund getragen werden kann, wurde von einem Entsorgungsunternehmen in die Tat umgesetzt. Die Mülltonne im Kleinformat beinhaltet eine Rolle Tüten, die dem Hundehalter nach erledigtem Geschäft des Vierbeiners stets zur Hand ist. Den Anhänger und weitere Informationen dazu, erhalten Sie im Ordnungsamt der Stadt Ueckermünde.